

1 Allgemeine Beschreibung der Leistung

Die Stadt Büdingen beabsichtigt den Straßenbau in der „Eberhard-Bauner-Allee“ in einem Teilbereich auf einer Länge von 230 m zu erneuern.

Hierbei wird im Knotenpunkt An der Fahrbach/ Eberhard-Bauner-Allee die Asphaltdecke saniert und danach bis etwa zum Haus Nr. 24 der Straßenbau erneuert.

Der Ausbau erfolgt in mehreren Bauabschnitten mit Teil- und Vollsperrung, da die Arbeiten am Stadtpark noch parallel dazu laufen und die Zufahrt hierfür sowie für die Anlieger (Anlieferung von Geschäftsbetrieben) zu gewährleisten ist. Siehe auch hierzu das beigelegte Verkehrskonzept.

2 Leistungsumfang

- Straßenbauarbeiten mit herstellen der Verkehrsoberfläche im Bereich von Station 0+000 und ca. 0+227

2.1 Straßenbauarbeiten

Im Vorlauf der Maßnahme wurde der Misch- und Regenwasserkanal erneuert.

Hierbei wurde ein Großteil der Oberflächenbefestigung aus Asphalt ausgebaut und durch eine neue Asphalttragschicht im Bereich der Kanalgräben ersetzt. Ebenfalls wurde bereits der Straßenunter- und Oberbau mit Mineralgemisch als Frostschutzmaterial hergestellt.

Der neue Straßenbau ist als Mischfläche mit weicher Separation des Fußgängerbereich durch Trennung mit Betonsteinpflasterrinne geplant.

Der Gehweg wird grundhaft erneuert und erhält eine Oberfläche aus Betonsteinpflaster. Die Rinne wird durch das kaum vorhandene Längsgefälle als Pendelrinne ausgeführt. Hierbei ist angedacht die dreizeilige Würfelrinne am Hochpunkt Waage auszubilden und bis zum Tiefpunkt mit einem Stich von ca. 3 cm auszubilden. Somit soll das Mindestgefälle in der Rinne von >gl. 0,5 % eingehalten werden. Der Rand der Würfelrinne orientiert sich an den vorhandenen Höhen an den Grundstücke so dass der Gehweg mit einem einheitlichen Quergefälle von 2,5 % zur Rinne hin entwässert.

Die Fahrbahn entwässert ebenfalls mit einem Quergefälle von 2,5 % in die Rinne.

Die Parkstände in den Buchten entwässern in die bereits hergestellten Kastenrinnen vor den vorhandenen Hochborden.

Die Abgrenzung der Fahrbahn und der Parkstände wird mittels Hoch- und Rundbord im Rahmen dieser Baumaßnahme mit ausgeführt. Die Arbeiten hinter der Bordanlage liegen im Leistungsbereich des Stadtparks.

Durch die Ausbildung der Pendelrinne sind zusätzliche Anschluss an den Regenwasserkanal DN 300 und DN 400 SB-Rohre herzustellen bzw. vorhandene Anschlüsse umzubauen.

Durch den bereits hergestellten Straßenaufbau im Bereich der Kanaltrasse sowie den unterschiedlichen Belastungen der Aushubböden, sind diese getrennt nach Lagen aufzunehmen und entsprechend der Belastung einer fachgerechten Entsorgung/Verwertung zuzuführen.

Im Bereich der Bäume erfolgt der erschwerte Aushub und Einbau im Wurzelbereich, hier sind die Wurzel von Hand freizulegen sauber am Aushubrand zu sichern bzw. abzuschneiden und die Schnittfläche entsprechend fachgerecht zu behandeln. Sowie die Wurzel beim Einbau zu schützen.

Im Rahmen der Ausführung wird der konkrete Bodenaustausch im Bereich der Baumwurzeln örtlich festgelegt.

2.2 Oberflächenbefestigung/ Untergrund/ Boden

Auf die Angaben im geotechnischen Gutachten Az. F 041123 vom 19.01.2024 der Geo-Consult II Ingenieurgesellschaft für Geotechnik Dr. Fechner mbH, Bidingen wird hingewiesen.

Der ggf. erforderlich Asphaltausbau in der Kanalhaltung, kann als nicht teer-/pechhaltig eingestuft werden und mit Abfallschlüssel 17 03 02 als Asphaltrecycling verwertet werden (Verwertungsklasse A bzw. A 1). Im Mittleren Bereich neben der Kanalhaltung ist der vorhandene Asphalt auf Grund der hohen PAK Werte als gefährlicher Abfall mit dem Abfallschlüssel 170301 (Verwertungsklasse B) einzustufen

Die anstehenden natürlichen Bodenmaterialien und das Verfüllmaterial / Auffüllung, neben der Kanaltrass sind der Einstufung Z 2 nach LAGA Boden und gemäß DepV der Deponieklasse DK 0 und DK II zuzuordnen.

Gemäß Ersatzbaustoffverordnung sind die Proben den Einstufungen BMF3 bzw. >BM-F3 zuzuordnen.

Im Bereich von aufgeweichten Böden können zur Gründung Bodenverbesserungsmaßnahmen erforderlich werden. Ebenfalls kann durch die geringe Einbauhöhe der Einbau von Geogitter erforderlich werden.

Grundwasser wird gem. den Angaben im Bodengutachten bei ungünstigen Verhältnissen bereits ab o.k. Gelände anzutreffen sein. Bei den Probennahmen wurde das Grundwasser bei ca. minus 1,40 m unter o.k. Gelände angetroffen.

2.3 Wasserhaltung

Eine ordnungsgemäße Wasserhaltung für das Oberflächenwasser, Schichten-, Sicker- und Grundwasser ist vorzusehen.

2.4 Vermessung

Der AN hat anhand der freigegebenen Ausführungsunterlagen und der örtlichen Katastergrenzen (Format PDF) die Absteckdaten zu ermitteln, mit der Bauleitung / dem Auftraggeber abzustimmen und in der Örtlichkeit abzustecken. Diese Absteckung ist durch die Bauleitung freizugeben und nach deren Angabe in der Örtlichkeit zu sichern.

Die Sicherung ist so auszuführen, dass diese während der gesamten Bauzeit erhalten bleibt und mit einfachen Mitteln (Maßband usw.) die Absteckung wieder herzustellen ist.

Diese zusätzlichen Vermessungsarbeiten und Absteckleistungen sind in die jeweilige OZ der Baumaßnahme einzurechnen und werden nicht gesondert vergütet, es sei denn, dass diese gesondert ausgeschrieben sind.

2.5 Aufmaßverfahren und Abrechnung

Die Abrechnung erfolgt auf Grundlage der VOB nach den tatsächlichen Mengen und Massen. Über die Wahl des Aufmaßverfahrens sowie des Aufbaus der Abrechnung werden vor Beginn der Baumaßnahme entsprechende Festlegungen zwischen AN und AG/Bauleitung getroffen. Gemeinsames Aufmaß mit dem AG/Bauleitung ist zwingend erforderlich, für die Schlussrechnung werden nur Aufmasse akzeptiert, die im Beisein des AG/Bauleitung erstellt wurden. Aufmaßtermine sind zu diesem Zweck frühzeitig (mindestens 3 Tage im Voraus) mit dem AG/Bauleitung zu vereinbaren.

Die Aufmaße sind getrennt für die einzelnen Leistungsabschnitte/Kostenträger aufzustellen. Aufmaße für Erschwernisse durch VU- Leitungen (egal ob längs oder quer) sind mittels Fotos zu belegen.

Es ist gemäß den einzelnen Leistungsabschnitten eine getrennte Abrechnung, auch bei den Abschlagszahlungen einschl. der Unterlagen (Aufmaße und Berechnungen) nach den Leistungsabschnitten/Kostenträgern vorzunehmen. Der zusätzliche Aufwand für diese Arbeiten ist in den Positionen einzurechnen und wird nicht gesondert vergütet.

Kostenträger sind u. a. wie folgt:

- Straßenbauarbeiten getrennt nach grundhaftem Ausbau und Sanierung
- Arbeiten an den Ver- und Entsorgungsanlagen getrennt nach Anlagenbetreibern (Stadtwerke, OVAG, Telekom, Gigaset usw.)

Die genaue Zuordnung zu den einzelnen Leistungsabschnitten/Kostenträgern, erfolgt im Rahmen der Aufmaß Erstellung.

Leistungen für Versorgungsunternehmen sind, soweit diese in Frage kommen und nicht direkt vom VU beauftragt wurden, getrennt für das jeweilige VU aufzumessen und abzurechnen.

3 Angaben zur Baustelle

Die Baustelle befindet sich in Hessen, im Wetteraukreis, in der Gemarkung der Stadt Büdingen, Kernstadt. Die genaue Lage der Baustelle ist den beigefügten Ausführungsplänen zu entnehmen.

Die Zufahrt zu Baustelle erfolgt über die Straße „Eberhard-Bauner-Allee“ und „An der Fahrbach“ bzw. Brunostraße. Die Eberhard-Bauner-Allee wird durch die Baumaßnahme zur Sackgasse und kann bis zum direkten Baustellenbereich als solche genutzt werden, um die angeschlossenen Parkplätze zu erreichen. Hierzu wird die vorhandene Regelung als Einbahnstraße aufgehoben.

An öffentlichen Verkehrswegen stehen die Straßen des überörtlichen Verkehrs unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen zur Verfügung.

Alle durch Baufahrzeuge benutzten Zufahrtswege müssen vom AN ständig, gegebenenfalls mehrmals täglich von Verschmutzungen gesäubert werden. Sämtliche Leistungen diesbezüglich werden nicht gesondert vergütet.

Der AN haftet für alle Schäden, die anderen Wegeeigentümern bzw. an Fremdeigentum durch jeglichen Baustellenverkehr entstehen.

Bedingt durch gleichzeitig laufende Maßnahmen auf benachbarten Strecken, kann es zu erhöhten Anfahrtskosten wegen verlängerter Transportwege kommen.

Mehrforderungen resultierend aus verlängerten Transportwegen und Wartezeiten sind ggf. einzurechnen und werden nicht gesondert vergütet.

Anschlüsse für Wasser, Abwasser, Strom, Telefon und dergleichen werden nicht vom AG zur Verfügung gestellt. Dies ist alleinige Angelegenheit des AN. Kosten hierfür sind in die entsprechenden Positionen einzurechnen.

Sämtliche Flächen, die für Baustelleneinrichtung, Unterkünfte, Arbeits- und Lagerplätze benötigt werden, sind vom AN auf eigene Kosten anzumieten, zu unterhalten und wiederherzurichten.

Benötigte Lager- und Arbeitsflächen bzw. Inanspruchnahme im Baustellenbereich sind vor Baubeginn mit der örtlichen Bauüberwachung des AG's abzustimmen. Es ist sicherzustellen, dass keine o. a. Einrichtungen, Geräte usw. auf Privatgrund stehen. Der AN hat sich eigenverantwortlich darüber zu informieren und nötigenfalls Vereinbarungen und Kostenerstattungen mit Privatpersonen für Lagerflächennutzung usw. vorzunehmen. Dem AG entstehen dadurch keinerlei Kosten.

Die Maßnahme wird abschnittsweise unter Vollsperrung gem. Verkehrskonzept durchgeführt. Die Zufahrt für Anlieger hier auch die Andienung der Baumaßnahme des Stadtparks und Einsatzfahrzeuge der Feuerwehr bzw. Rettungswagen ist dauerhaft bis auf den direkten Arbeitsbereich (Abschnitte von ca. 50 m) zu gewährleisten.

Für die gesamte Maßnahme ist das Arbeiten „vor Kopf“ vorzusehen.

Es wird dringend empfohlen, sich die Baustelle vor Ort anzusehen, um die Erschwernisse durch die örtlichen Verhältnisse (geringe Straßenbreiten), Zaunanlagen, Mauern auf Grundstücksgrenzen, Bäume etc. zu berücksichtigen. Mit einem eingeschränkten Schwenkbereich der Bagger im gesamten Baubereich ist zu rechnen. Ferner ist bei der Kalkulation zu berücksichtigen, dass die für die Ausführung erforderlichen Materialien aufgrund der beengten Verhältnisse nicht seitlich gelagert werden können und ggf. vom Zwischenlager aufzunehmen und zur Einbaustelle zu transportieren sind.

Alle o.g. Erschwernisse sind, soweit nicht in gesonderten Positionen aufgeführt, bei den entsprechenden Positionen mit einzurechnen und werden nicht gesondert vergütet.

3.1 Anlagen im Baubereich

Über vorhandene Leitungen im Baufeld hat sich der AN vor Baubeginn zu informieren. Es wird besonders auf die Informationspflicht des AN gegenüber den Versorgungsunternehmen hingewiesen.

Sollten dem AN zusätzliche Kosten durch Einschränkungen und Erschwernisse im Zusammenhang mit vorhandenen Leitungen entstehen, so sind diese in die entsprechende Erschwernispositionen einzurechnen.

Leitungen, die unterhalb des jeweiligen Grundplanums liegen und somit nicht freigelegt werden müssen, werden nicht gesondert vergütet. Mögliche Einschränkungen und Erschwernisse auch im Bezug auf andere Positionen sind bereits bei der Kalkulation zu berücksichtigen.

Abgerechnet werden nur freigelegte Leitungen (eine Erschwernis bedingt das Vorhandensein einer Leitung). Der gesamte Aufwand ist einzurechnen.

U.a. sind folgende Versorgungsunternehmen im Bereich der Baustrecke vertreten:

Stadtwerke Büdingen Kanal, Gas und Wasser
OVAG – Ndl. Nidda (Tel. 06043-9810) Strom und Beleuchtung
Deutsche Telekom Telekommunikation
Vodafone Telekommunikation
Giganetz

Hierdurch resultierende Mehrarbeiten sind in die entsprechenden Positionen einzurechnen und werden nicht gesondert vergütet.

Die o.a. Unternehmen sind dem AG bekannt, die Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit oder Aktualität und entbindet den AN nicht von seiner Erkundungspflicht nach weiteren Versorgungsunternehmen mit Leitungen im Baustellenbereich.

Die vorhandenen Ver- und Entsorgungsleitungen sind je nach Verlegetiefe im Verlauf der Bauarbeiten evtl. zu sichern bzw. umzulegen. Aus diesen Gründen sind die Versorgungsunternehmen umgehend durch den Auftragnehmer über den Baubeginn zu informieren.

Notwendige Leistungen an Ver- und Entsorgungsanlagen, die nicht vom jeweiligen Versorgungsunternehmen direkt beauftragt werden, sind getrennt nach den jeweiligen Versorgungsunternehmen zu erfassen und aufzumessen. Die Durchführung der Arbeiten bedarf der Genehmigung durch den AG. Werden während der Bauarbeiten Versorgungsleitungen angetroffen, sind sowohl die betreffenden Versorgungsunternehmen als auch der Auftraggeber unverzüglich zu informieren.

Erforderliche Ausführung und Vorgehensweisen zur Vergütung der ausgeführten Leistungen:

Ein gemeinsames Aufmaß mit dem VU ist **zwingend** erforderlich. Die Abrechnungsunterlagen **müssen** Digitalfotos als Aufmaßunterlage enthalten, auf denen die genaue Lage der Versorgungsleitung sowie der Behinderung eindeutig erkennbar ist. Aufmäße ohne Lichtbild werden nicht akzeptiert. Die Aufmäße sind zeitnah zu erstellen. Bei Erschwernis durch längslaufende Leitungen sind Fotos mindestens alle 20 m zu erstellen. Die Örtlichkeit muss

eindeutig erkennbar sein (Hintergrund, Gebäude, Str. km u.a.m.). Fotos haben das Erstellungsdatum zu tragen.

3.2 Gebäude / Gebäudereste / Bauwerke/ vorhandene Anlagen

Im Rahmen der Straßenbauarbeiten sind die Anschlüsse an den Bestand (Zugänge und Zufahrten, Grundstückseinfriedungen, Lampen, usw. herzustellen. Ebenfalls erfolgen die Arbeiten entlang von bestehenden Ver- und Entsorgungsanlagen bzw. werden gekreuzt oder liegen im Baufeld und sind nach Angaben des Betreibers zu sichern, bzw. umzulegen sowie die vorhandenen Einbauteile wie Schachtabdeckungen, Schieber, Hydranten usw. an die neue Oberfläche anzupassen.

3.3 Öffentlicher Verkehr im Baubereich

Die Maßnahme wird abschnittsweise unter Voll- und Teilspernung durchgeführt. Die Zufahrt für Anlieger auch Parkplatznutzer und Einsatzfahrzeuge der Feuerwehr bzw. Rettungswagen ist dauerhaft gem. den Verkehrskonzept bis auf den direkten Arbeitsbereich zu gewährleisten.

4 Angaben zur Ausführung

4.1 Verkehrsführung, Verkehrssicherung

Für die Sicherung des Verkehrs auf öffentlichen Straßen und Wegen sind die Bestimmungen, Vorschriften, Richtlinien und Merkblätter der Straßenverkehrsgesetze (StVG), der RSA, ZTV-SA und der StVO maßgebend.

An öffentlichen Verkehrswegen stehen die Straßen des überörtlichen Verkehrs unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen zur Verfügung.

Ansonsten sind alle Transporte über die Trasse selbst auszuführen.

Die Maßnahme wird abschnittsweise unter Voll- und Teilspernung durchgeführt. Die Zufahrt für Anlieger, hier auch die Andienung der Baumaßnahme des Stadtparks und Einsatzfahrzeuge der Feuerwehr bzw. Rettungswagen ist dauerhaft gem. den Verkehrskonzept bis auf den direkten Arbeitsbereiche zu gewährleisten.

Die Sperrung ist mit der Ordnungsbehörde der Stadt Büdingen abzustimmen.

Die Abstimmung der einzelnen Verkehrsmaßnahmen ist Sache des AN und wird nicht gesondert vergütet.

Der AN hat die erforderlichen Anträge nach § 45 StVO rechtzeitig zu stellen. Formblätter hierzu sind bei den entsprechenden Stellen (Verkehrsbehörde: Ordnungsamt der Stadt Büdingen bzw. Fachdienst Verkehr des Wetteraukreises) einzuholen.

Die Verkehrssicherung im gesamten Baubereich, einschließlich aller Zufahrten im Baubereich, liegt im Verantwortungsbereich des AN. Der AN hat den AG von sämtlichen Schadensersatzansprüchen durch Dritte freizuhalten.

Der AN haftet für alle Schäden, die anderen Wegeeigentümern bzw. an Fremdeigentum durch jeglichen Baustellenverkehr entstehen.

Die Verschmutzung der öffentlichen Straßen und Wege durch den Baustellenverkehr sind so gering wie möglich zu halten. Verschmutzungen sind umgehend (gegebenenfalls mehrmals täglich) zu beseitigen. Die Kosten hierfür sind bei den entsprechenden Positionen einzurechnen.

Die Anliegergrundstücke, inkl. Anliegerstraßen, müssen während der gesamten Bauzeit erreichbar sein. Hierfür erforderliche Arbeiten, wie das Herstellen von Rampen oder das

Bereitstellen und Verlegen von Stahlplatten etc. sind soweit nicht in gesonderten Positionen aufgeführt mit einzukalkulieren und werden nicht gesondert vergütet. Sollten die Grundstücke auf Grund bestimmter Arbeiten (z.B. Versetzen von Bordsteinen, Rinnen, Asphaltarbeiten usw.) für kurze Zeit nicht erreichbar sein, sind die betroffenen Anlieger mindestens drei Werktage vor Beginn dieser Arbeiten zu unterrichten.

Leistungen für notwendiges Umstellen der Verkehrssicherung für die einzelnen Abschnitte und die dadurch bedingten Zusatzleistungen und –kosten sind in die entsprechende OZ einzurechnen. Erschwernisse durch Herstellung von Fahrbahn-Anrampungen im Bereich der Bauabschnitte sind einzurechnen.

4.2 Bauablauf

Die Reihenfolge und Abwicklung der Arbeiten ist gem. dem Übersichtsplan mit Verkehrskonzept und gepl. Bauablauf durch den AN so zu koordinieren, dass ein reibungsloser Bauablauf gewährleistet wird.

Sollte es dennoch zu längeren geplanten Unterbrechungen kommen (z.B. Weihnachten, Jahreswechsel, Ostern usw. sollte die Arbeiten so abgeschlossen bzw. gesichert werden, um eine Nutzung der Verkehrsfläche für die Anlieger zu gewährleisten.

Die o.g. Erschwernisse sind, soweit nicht in gesondert Positionen aufgeführt, bei den entsprechenden Positionen mit einzurechnen und werden nicht gesondert vergütet.

4.3 Zeitliche Beschränkungen/ Zwischentermine

Die Durchführung der Baumaßnahme ist so zu gestalten, dass die Fristen gem. Bauvertrag fertiggestellt werden.

5 Sonstige Allgemeine Angaben

5.1 Zusammenwirken mit anderen Unternehmen

Dem AN obliegt die Koordinationspflicht mit den verschiedenen Versorgungsunternehmen, wenn diese Arbeiten vorsehen. Soweit die Arbeiten durch andere Unternehmen ausgeführt werden, sind diese im Rahmen der Koordinierungspflicht abzustimmen. Damit verbundene Unterbrechungen bzw. Behinderungen im Bauablauf sind in die entsprechenden Einheitspreise mit einzurechnen und werden nicht gesondert vergütet.

5.2 Kampfmittelbeseitigung

Sollten wider Erwarten während der Bauarbeiten kampfmittelverdächtige Gegenstände gefunden werden, ist unverzüglich der AG und der Kampfmittelräumdienst beim RP Darmstadt unter der Tel. Nr. 06151-126501 zu verständigen.

5.3 Schutz- Bereiche und Objekte

Das Gesetz zum Schutz der Kulturdenkmäler (Denkmalschutzgesetz) ist zu beachten. Bei Auftreten von Bodenfunden hat der AN vor jedem weiteren Aufdecken oder Ändern das Landesamt für Denkmalpflege in Wiesbaden sowie den AG zu unterrichten. Funde etc. sind nach Weisung an den AG zu übergeben.

5.4 Immissionsschutz

Die Umgebung der gesamten Ausbaustrecke ist wirksam vor Lärm, Staub, Gefahren, Belästigungen, Verunreinigungen, Beschädigungen, oder sonstigen Beeinträchtigungen über

den durch die Bauarbeiten bedingten unumgänglichen Umfang hinaus zu schützen. Die eingesetzten Geräte müssen den gültigen Bestimmungen des Immissionsschutzes entsprechen.

Zu der zu schützenden Umgebung gehören z.B. alle Anliegergrundstücke, Gewerbe und Industriegebiete, Wohngebiete, einzelne Wohnhäuser, Straßen einschließlich Straßenverkehr, Bauteile einschließlich Baugrund, Gewässer usw.

Die aus den Gesetzen zum Umweltschutz erforderlichen Zusatzleistungen werden nicht gesondert vergütet und sind in die entsprechenden Positionen einzurechnen. Der AN haftet für alle aus der Nichtbeachtung resultierenden Schadensersatzansprüche durch Dritte.

5.5 Stoffe, Bauteile

Grundsätzlich ist die Wiederverwendung von Baustoffen erwünscht. Es gelten die Vorgaben der Ersatzbaustoffverordnung und ZTV neuester Fassung mit den geltenden Richtlinien und Ergänzungen.

Es dürfen nur Stoffe und Bauteile verwendet werden, die einer Gütesicherung und Güteüberwachung unterliegen. Die Nachweise der Gütesicherung und Güteüberwachung sind dem AG vor dem Einbau der jeweiligen Materialien rechtzeitig vorzulegen. Materialien, deren Herstellung und Verwendung nicht durch Namen, Prüfzeichen oder Zulassung geregelt ist, bedürfen der Verwendungszustimmung des AG.

Straßenbauerzeugnisse aus Beton:

Vor Einbau der Straßenbauerzeugnisse aus Beton ist vom Auftragnehmer (AN) ein Zeugnis über die Güte der zu verwendenden Straßenbauerzeugnisse unaufgefordert vorzulegen (Konformitätsbescheinigung des Herstellers mit CE- Kennzeichnung und Nachweis der Ersttypprüfung des Betonerzeugnisses).

Der Nachweis über Frost- und Tausalz- Beständigkeit aller zum Einbau kommenden Betonfertigteile (Borde, Rinne, Pflaster, Platten usw.) ist entsprechend der "Prüfung von vorgefertigten Betonerzeugnissen aus Beton mit dichtem Gefüge für den Straßenbau auf Frost-Tausalz- Beständigkeit" spätestens 8 Werktage vor der jeweiligen Materiallieferung dem AG unaufgefordert vorzulegen.

Die Kontrollprüfung des AG hinsichtlich der Frost- Tausalzbeständigkeit des Betonerzeugnisses wird mit dem CDF- test nach DIN CEN/TS 12390-9:2006-08 durchgeführt. Die Abwitterung nach 28 Frost- Tausalz- Wechsel darf für ein Betonerzeugnis mit ausreichendem Frost- Tausalz- Widerstand nicht größer als 1500 g/m2 sein.

Die Einbautermine von Betonerzeugnissen (Borde, Rinnen, Pflaster usw.), sowie von ungebundenen und gebundenen Trag- und Deckschichten sind dem AG mind. **10 Tage** vor Einbau (zusätzlich zum Bauzeitenplan) unaufgefordert anzukündigen.

5.6 Ausbaustoffe / Abfälle

Alle auf der Baustelle anfallenden Stoffe, welche gemäß Leistungsbeschreibung in Eigentum des AN zu übernehmen sind und von der Baustelle entfernt werden müssen, sind gemäß dem Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Beseitigung von Abfällen einer Wiederverwendung oder Verwertung zuzuführen bzw. bei Nichtverwertbarkeit ordnungsgemäß zu entsorgen.

„Die Übernahme sowie vollständige, ordnungsgemäße und schadlose Entsorgung der Abfälle und Ausbaustoffe hat unter Beachtung der geltenden Gesetze, zugehörigen Verordnungen sowie einschlägiger umwelt- und abfallrechtlicher Bestimmungen zu erfolgen.

Sofern der AN oder der vom AN vorgesehene bzw. beauftragte Entsorger vor und während der Baudurchführung zusätzliche bzw. weitere Deklarationen bzw. Analysen des Abfalls fordert, sind diese in die Einheitspreise einzurechnen.

Gefährliche Abfälle:

Gefährliche Abfälle sind immer Entsorgungsbetrieben anzudienen.

Dies gilt nicht, wenn gefährliche Stoffe in derselben Baumaßnahme vor Ort ausgebaut, bis längstens 1 Jahr bereitgestellt, aufbereitet und dort wieder verwertet werden, da sie in diesen Fällen nicht als Abfall angefallen gelten.

Wird der Transport von gefährlichen Abfällen gewerblich durchgeführt, darf die Ausführung der Transportleistung in Hessen ausschließlich von Beförderern vorgenommen werden, die im Besitz einer Transportgenehmigung nach dem Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz sind. Die Nachweise hierfür sind ebenfalls auf Verlangen vorzulegen.

Vor Baubeginn benennt der AN schriftlich dem AG die für den rechtmäßigen Umgang mit den anfallenden Ausbaustoffen bzw. Abfällen verantwortliche Person und dessen Vertreter.

Leistungen für den Aus- und Einbau von gefährlichen Abfällen hat der AN gesondert und schriftlich dem AG mindestens drei Wochen vor Beginn der Arbeiten mit Angabe des Entsorgungsbetriebs und des Beförderers, der Termine, Beginn und Ende und der Menge anzuzeigen. Die Frist ist zwingend einzuhalten, verspätete und unvollständige Angaben können zu Verzögerungen führen, die den Bauablauf beeinflussen und zu Behinderungen führen.

Für gefährliche Abfälle ist das elektronische Abfallnachweisverfahren (eANV) zu führen. Das eANV besteht aus dem Vorabnachweis (Entsorgungsnachweis) und dem Verbleibnachweis (Begleitscheine). Alle am Verfahren Beteiligten – Erzeuger, Beförderer und Entsorger – müssen in der Lage sein, das Verfahren durchzuführen. Dazu gehören u.a. die Registrierung bei der zentralen Koordinationsstelle des Bundes (ZKS) und die Nutzung einer entsprechenden Datenverarbeitung. Auf Verlangen sind die Bestätigungen der Registrierung vorzulegen.

Nachweisverfahren beim Ausbau und der Entsorgung von gefährlichen Abfällen:
Abfallerzeuger ist der AG.

Führen des Vorabnachweises (Entsorgungsnachweis):

Nachdem der Bau-AN den Entsorger verbindlich benannt hat, wird der Entsorgungsnachweis vom AG mit dem Entsorger geführt.

Die Fristen gemäß Nachweisverordnung sind einzuhalten, verspätete oder unvollständige Angaben können zu Verzögerungen führen, die den Bauablauf beeinflussen.

Folgender Ablauf ist im Grundverfahren vorgesehen.

- a) Der AN liefert die notwendigen Daten des Entsorgers an den AG.
- b) Der AG erstellt mit diesen Daten den Entsorgungsnachweis gem. eANV und verschickt diesen elektronisch an den Entsorger.
- c) Der Entsorger prüft die Daten, signiert die Annahmeerklärung (AE) und schickt diese elektronisch an die zuständige Entsorgerbehörde weiter.
- d) Die Entsorgerbehörde muss dem Abfallerzeuger (AG) den Eingang der Nachweiserklärungen innerhalb von 12 Tagen bestätigen, sofern sie die Zulässigkeit des beabsichtigten Entsorgungspfades nicht innerhalb dieser Frist bestätigt. Die Entsorgerbehörde muss innerhalb von 30 Tagen über die Zulässigkeit des beabsichtigten Entsorgungspfades entscheiden. Der Lauf der Frist kann durch Aufforderung zur Ergänzung der Nachweiserklärungen bzw. zur Vorlegung weiterer Unterlagen unterbrochen werden. Die Entsorgerbehörde erteilt eine Entsorgungsnachweisnummer und versendet den Entsorgungsnachweis mit Behördlicher Bestätigung (BB) an den AG und den Entsorger.

Erst nach Behördlicher Bestätigung kann die tatsächliche Entsorgung erfolgen.

Falls der verbindlich benannte Entsorgungsbetrieb im Besitz einer behördlichen Bestätigung zur Teilnahme am privilegierten Verfahren ist, entfällt die behördliche Bestätigung zur vorgesehenen Entsorgung – Ablauf im Grundverfahren, Schritt d).

Führen der Verbleibnachweise (Begleitscheine):

Seit dem 01.02.2011 mit Pflicht zur elektronischen Signatur für alle Beteiligte.

Nach Maßgabe der für sie bestimmten Aufdrucke auf den Ausfertigungen der Begleitscheine hat die für den rechtmäßigen Umgang mit den anfallenden Ausbaustoffen bzw. Abfällen

verantwortliche Person des AG als Abfallerzeuger spätestens bei Übergabe, der Beförderer spätestens bei Übernahme sowie der Abfallentsorger spätestens bei Annahme der Abfälle die Begleitscheine auszufüllen und elektronisch (mit Signierkarte und Kartenlesegerät) zu signieren.

Die Reihenfolge der Unterschriftsleistungen ist zwingend vorgeschrieben und einzuhalten.

Die Zustimmung des Abfallerzeugers zur elektronischen Signatur des Beförderers an anderer Stelle als am Ort der Übergabe ist schriftlich und vor Durchführung der Beförderung zu erteilen. Der Entsorgungsnachweis ist in Kopie, der Begleitschein als Ausdruck des im eANV erstellten Begleitscheins mit den Unterschriften des Erzeugers und des Beförderers in jedem Fahrzeug des Beförderers mitzuführen.

- (a) Die Begleitscheine werden auf der Grundlage der Meldung des Bau-AN und des bestätigten Vorabnachweises durch den AG im System des eANV zur Verfügung gestellt.
- (b) Vor Übergabe der Abfälle signiert der Erzeuger im Amt vor. Je Begleitschein werden 2 Ausdrücke zur Quittierung der Übernahme erstellt und zur Baustelle gebracht.
- (c) Bei Übernahme der Abfälle signiert der Abfallbeförderer (der LKW-Fahrer) handschriftlich, der Name muss lesbar dazugesetzt werden. Der Erzeuger und der Beförderer erhalten jeweils eine der beiden handsignierten Ausdrücke des Begleitscheins.
- (d) Bis zur Übergabe des Abfalls an den Entsorger muss der Beförderer elektronisch signieren.
- (e) Bei Übergabe der Abfälle vervollständigt der Entsorger die Angaben auf dem Begleitschein, signiert und sendet die Daten an die zuständige Koordinationsstelle des eANV zur Bestätigung der zuständigen Abfallbehörde.
- (f) Nach Bestätigung der zuständigen Abfallbehörde erhalten alle Beteiligten über die ZKS die entsprechende Bestätigung des abgeschlossenen Entsorgungsvorgangs.
- (g) Der AG nimmt einen Ausdruck des bestätigten Begleitscheins zum Verbleib in der Bauakte.

Alle Unterlagen im Rahmen der Nachweisverfahren sind dem AG unaufgefordert und regelmäßig zu übergeben.

Sollte der Abfall zu Betrieben in anderen Bundesländern als Hessen verbracht werden, können hiervon abweichende Bestimmungen gelten.

Die Zustimmung des AG zur Entsorgung außerhalb Hessens kann versagt werden.

5.7 Winterbau

Mehraufwendungen für Arbeiten in Winterperioden werden nicht gesondert vergütet. Es ist Sache des AN, seinen Arbeitsablauf so zu gestalten, dass die vertraglich vereinbarten Termine eingehalten werden. Sollten dabei Winterschutzmaßnahmen erforderlich werden, sind die entsprechenden Kosten in die Einheitspreise einzurechnen. Eine gesonderte Vergütung erfolgt nicht.

Winterbau ist zulässig, soweit die technischen Vorschriften eingehalten werden.

5.8 Beweissicherung

Seitens des AG ist keine Beweissicherung geplant.

Insbesondere ist darauf zu achten, dass bei den vorh. Bodenverhältnissen eine Beschädigung der angrenzenden Bebauung, z. B. durch Erschütterungen vermieden wird.

Es wird auf die aktuellen Normen und Richtlinien hingewiesen.

Hierin sind Frequenzbereich vertikale und horizontale Schwingungsgeschwindigkeiten angegeben, wo Schäden in Wohngebäuden dann nicht zu erwarten sind. Entsprechende Baugerät und Arbeitsweisen sind vom AN zu wählen.

Die Kosten hierfür sind in die Einheitspreise einzurechnen und werden nicht gesondert vergütet.

Der AN wird darauf hingewiesen, dass er sich im Rahmen seiner eigenverantwortlichen Beweissicherung bei Feststellung von vorh. Schäden vor Baubeginn, diese mit dem AG zu protokollieren hat und eventuelle Klärungen und Vorgehensweisen mit dem AG abzustimmen sind. Diese Kosten der Beweissicherung werden nicht gesondert vergütet und sind in den EP der entsprechenden OZ einzuarbeiten. Die vorh. Verkehrswege sind so zu unterhalten, dass keine Verschmutzungen oder Schäden auftreten, bzw. bei Auftreten solcher, diese umgehend zu beseitigen sind. Mehrkosten entstehen dem AG dadurch nicht.

5.9 Sicherungsmaßnahmen

Die Baustelle ist gemäß den Unfallverhütungsvorschriften (UVV, GVV9, der Straßenverkehrsordnung (StVG, StVO) und den Richtlinien für die Sicherheit von Arbeitsstellen an Straßen (RSA) zu sichern. Alle hierfür notwendigen Gegenstände und Materialien sind vom AN zu liefern, aufzubauen, vorzuhalten und nach Beendigung der Baumaßnahme wieder zu entfernen. Kosten hierfür werden nicht extra vergütet und sind in den entsprechenden OZ des Haupt- LV einzurechnen.

5.10 Eignungsprüfungen/ Nachweise

Die Eignungsprüfungen für Asphalt, Rohrstatiken, Zeugnis über die Güte der zu verwendenden Straßenbauerzeugnisse aus Beton usw. sind unaufgefordert der Bauleitung 14 Tage vor dem Einbau vorzulegen. Die Unterlagen dürfen nicht älter als 1 Jahr ab Auftragsvergabe sein. Anfallende Kosten für die Eignungsprüfung und Nachweise sind einzurechnen und werden nicht gesondert vergütet.

5.11 Eigenüberwachungsprüfungen

Die Eigenüberwachungsprüfungen des AN sind in den jeweiligen technischen Vorschriften geregelt und die hierfür anfallenden Kosten werden nicht gesondert vergütet und sind in die entsprechenden Positionen einzurechnen. Der AG ist rechtzeitig vor der Durchführung der Eigenüberwachungsprüfungen zu informieren.

Die Dokumentation der Eigenüberwachung ist der Bauleitung unaufgefordert spätestens zur Abnahme der Leistung mit vorzulegen.

Kommt der AN seinen Verpflichtungen hinsichtlich einer sachgemäßen Durchführung der Eigenüberwachungsprüfungen nicht nach, so kann der AG diese Prüfungen zu Lasten des AN durch seine eigene Prüfstelle oder von einem Dritten durchführen lassen.

5.12 Kontrollprüfungen

Der AG führt Kontrollprüfungen entsprechend den jeweiligen technischen Vorschriften bei der Erstellung aller Gewerke durch. Hierdurch entstehende Behinderungen des Bauablaufes ist mit den Preisen abgegolten und werden nicht gesondert vergütet.

(Kanalinspektion VOB-Abnahme, Verdichtungskontrollen).

Bei Durchführung von Kontrollprüfungen mit dem statischen Lastplattengerät ist dem AG nach vorheriger Mitteilung ein entsprechendes Gegengewicht (beladener LKW oder Anhänger o.ä.) vom AN zur Verfügung zu stellen. Die Kosten hierfür werden gesondert vergütet.

Kontrollprüfungen für den AG mit dem dynam. Plattendruckgerät werden vom AG nicht als Lastplattenuntersuchung gemäß abrechenbarer LV- Position anerkannt.

6 Ausführungsunterlagen

6.1 Vom Auftraggeber zur Verfügung gestellte Ausführungsunterlagen

Plan-Nr. A-S1a und A-S2a Lagepläne	M. 1:250
Plan-Nr. A-S3a Regelquerschnitte	M. 1:25 und 1:10
Plan-Nr. A S4a Längsschnitt	M. 1:500/100
Übersichtsplan mit Verkehrskonzept und gepl. Bauablauf	

Bodengutachten „Geotechnisches Gutachten Az. F041123 vom 19.01.24 der Geo-Consult II.GmbH in Büdingen

Die oben aufgeführten Unterlagen sind der Ausschreibung beigelegt.

6.2 Vom Auftragnehmer zu erstellende bzw. zu beschaffende Ausführungsunterlagen

Sämtliche Kosten für das Anfertigen der nachfolgend genannten Abrechnungs- und Vermessungs- Unterlagen ist mit den Preisen abgegolten, sofern sie nicht durch entsprechende LV- Positionen gesondert erfasst sind.

6.2.1 Abrechnungsunterlagen

Für die Abrechnung sind die neuen Oberflächenbefestigungen (Pflaster, Asphalt, auch Baustraße, Bordsteine Rinnen usw.), alle verlegten Ver-, Entsorgungsleitungen und Kabelbündel inkl. Hausanschlüsse und Straßenentwässerungsleitung, Einbauteile (wie Schächte, Straßeneinlauf, Schieber, Hydranten, Abzweige usw.) digital aufzunehmen und als Abrechnungspläne (je 2-fach) der Schluss-Rechnung beizufügen. Ebenfalls sind die Unterlagen im Format dxf. der Bauleitung mit der Schlussrechnung zu übergeben.

6.2.2 Bauzeitenplan

Vor Beginn der Baumaßnahme hat der AN dem AG einen Bauzeitenplan vorzulegen. Der Bauzeitenplan ist nach den jeweiligen Bauphasen und Titeln zu unterteilen und entsprechend dem Bauablauf fortzuschreiben bzw. anzupassen. Eine Vergütung hierfür erfolgt nicht, die Kosten sind entsprechend zu berücksichtigen.

Schlussbemerkung

Nach dem Erhalt der Ausschreibungsunterlagen sind diese auf Vollständigkeit zu überprüfen und ggf. fehlende Unterlagen nachzufordern.